

A.1 Entwurf Landeswahlprogramm 2009 – Antrag an den Landesparteitag

Einreicher: Landesvorstand DIE LINKE. Sachsen & Mitglieder der Arbeitsgruppe Landeswahlprogramm 2009

Beschlussantrag:

Der Landesparteitag beschließt den nachfolgenden Text als Wahlprogramm für die Landtagswahl 2009.

4. Sicher leben – Freiheit schützen

4.1. Sicherheit und Schutz der Bürgerinnen- und Bürgerrechte

DIE LINKE setzt sich nachdrücklich für den Schutz der Bürgerinnen und Bürger vor Kriminalität, Gewalt, Machtmissbrauch und anderen rücksichtslosen Verhaltensweisen ein. Ausdrückliches Ziel linker Politik in Sachsen ist es, dass Jeder und Jedem die Teilhabe am öffentlichen Leben im Gefühl persönlicher Sicherheit möglich ist. Dazu fordern wir bessere Rahmenbedingungen für ein bürgernahes und verlässliches Funktionieren der Arbeit der Polizei, der Strafverfolgungsbehörden und der Rechtspflege generell.

Die Stellenabbaupläne in Polizei und Justiz wollen wir rückgängig machen, mit dem Ziel, die Präsenz von Polizei vor Ort und die Verfügbarkeit von Richtern, Staatsanwälten und sonstigem Justizpersonal im konkreten Prozess der Rechtspflege zu erhöhen. Die in der 4. Wahlperiode des Sächsischen Landtags durchgeführten Polizeireformmaßnahmen und Strukturveränderungen haben sich überwiegend nachteilig auf Effektivität und Bürgernähe der Polizei ausgewirkt und bedürfen daher der Korrektur.

Die Kennzeichnungspflicht für Polizistinnen und Polizisten ist in diesem Zusammenhang eine wichtige, das Vertrauen zwischen Einwohnerinnen und Einwohnern und Polizei stärkende Maßnahme.

4.2. Rechtsstaat erhalten

Gleichzeitig wenden wir uns gegen jede Form der „Law and Order“ – Politik. Die den demokratischen Rechtsstaat gefährdende Tendenz, unter Berufung auf diffuse Terrorismusbedrohungen und notwendige Bekämpfung organisierter Kriminalität fortwährend Grund- und Freiheitsrechte der Bürger einzuschränken, werden wir weiterhin energisch bekämpfen. Gesetzesmaßnahmen bzw. -vorhaben, wie die Einführung des KFZ-Kennzeichen-Screening in Sachsen, die Umsetzung des BKA-Gesetzes mit seinen Eingriffen in das elementare Grundrecht auf Unverletzbarkeit der Wohnung durch Einführung des nun auch visuellen Großen Lauschangriffs, die damit einhergehende Vermischung von polizei- und nachrichtendienstlicher Arbeit sowie das fortwährende Unterlaufen des Grundrechts auf informationelle Selbstbestimmung u.a. durch die Online-Durchsuchung und extensive

Maßnahmen der Kommunikationsüberwachung werden wir mit allen politischen und rechtlichen Mitteln angreifen.

DIE LINKE verteidigt die Unverletzbarkeit des Wohnraums, den Schutz privater Daten auch gegen Online-Durchsuchung und Zugriffe wirtschaftlicher und staatlicher Institution. Wir wenden uns gegen Überwachungstechnologien im öffentlichen Raum. Die Erhebung biometrischer Daten sowie Schleier- und Rasterfandung ist für DIE LINKE ein ebenso unzulässiger Eingriff in die Rechte des Einzelnen.

Das Recht auf informationelle Selbstbestimmung, also das Recht eines jeden Menschen, über Erhebung, Speicherung und Weitergabe seiner Daten selbst zu entscheiden ist für DIE LINKE zentral. Deshalb werden wir gemeinsam mit allen maßgeblichen Bürgerrechtsinitiativen eine landesweite Informationskampagne "Meine Daten gehören mir" initiieren. Dies schließt auch Initiativen zur Beseitigung von Überwachungstechnologien im öffentlichen Raum und eine wirksame Kontrolle der Erhebung und Weitergabe von Sozialdaten, des Datenschutzes generell, auch im privaten Bereich ein.

Die Rechte des Souveräns, also der Bürgerinnen und Bürger des Landes, stehen für DIE LINKE auch in Sachsen an oberster Stelle. Daraus folgt für uns, dass die staatlichen Einrichtungen verpflichtet sind, ihr Handeln offen und nachvollziehbar zu gestalten.

Deshalb wollen wir in der 5. Wahlperiode erneut für ein Akteneinsichtsrecht der Bürgerinnen und Bürger aktiv werden und ein Informationsfreiheitsgesetz einbringen, um die Zugänglichkeit der Informationen über das Handeln von Behörden zu verbessern. Die für die Umsetzung von Gesetzen so wichtigen Durchführungsbestimmungen wollen wir besser öffentlich zugänglich machen.

Wir halten am Ziel fest, Geheimdienste im Freistaat Sachsen abzuschaffen und werden versuchen, diesem Ziel mit Initiativen zur maximal möglichen Transparenz und intensiven parlamentarischen Kontrolle des sächsischen Verfassungsschutzes näher zu kommen.

Dazu nutzen wir auch die Erkenntnisse aus der Tätigkeit des 2. Untersuchungsausschusses zur sächsischen Akten- und Korruptionsaffäre, ausgelöst durch die lange Zeit geheim gehaltenen Erkenntnissammlungen des sächsischen Landesamtes für Verfassungsschutz.

DIE LINKE wird im neuen Landtag aktiv dafür eintreten, die Tendenz, dass für immer mehr Einwohnerinnen und Einwohner Sachsens der Zugang zu Rechtsberatung und Rechtsschutz unerschwinglich ist, aufgehoben wird. Sein Recht zu bekommen, darf nicht vom Geldbeutel abhängen. Wir fordern, dass der Freistaat Sachsen für die Wiedererlangung bzw. den Ausbau einer wirksamen Prozesskosten- und Beratungshilfe aktiv wird. Wir setzen uns dafür ein, dass ebenso die Beratungs- und Therapieangebote für Menschen mit Suchtmittelabhängigkeit jedweder Art erhöht und auch hier so Prävention vor repressiver Bestrafung rangiert. In diesem Sinne treten wir auch weiter für den Ausbau der Straffälligen- und Bewährungshilfe,

vorsorgender Jugendhilfe und für einen konsequent am Prinzip der Resozialisierung orientierten modernen Straf-, im Besonderen Jugendstrafvollzug, ein. Das Vertrauen der Einwohnerinnen und Einwohner Sachsens in die verschiedenen Behörden der Rechtspflege ist in den letzten Jahren erschüttert worden. DIE LINKE. Sachsen wird deshalb ihr Augenmerk darauf legen, dass die politische Einflussnahme auf die Justiz, unter anderem bei der Benennung von Richtern und Staatsanwälten, beseitigt wird.

4.3. Bürgerinnen- und Bürgerbeteiligung ermöglichen

DIE LINKE. Sachsen vertritt die Position, dass die realen Beteiligungsmöglichkeiten der Bürgerinnen und Bürger an den politischen Prozessen sowohl auf Landesebene als auch in den Kommunen der Maßstab für den Entwicklungsstand der Demokratie sind. Für uns besteht Teilhabe an der Politikgestaltung eben nicht darin, alle paar Jahre Kreuze auf Wahlscheinen machen zu dürfen. Da sich auch die Politikerinnen und Politiker selbst nicht nur mit Erfolgen brüsten können, sondern häufig genug Fehlentscheidungen oder Entscheidungen gegen die Interessen und Bedürfnisse der Einwohnerinnen und Einwohner dieses Landes gefällt wurden, kann eine verstärkte Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger auch zu einer Qualitätsverbesserung der Politik führen. Die Erweiterung der Beteiligungsmöglichkeiten betrifft nicht nur Bürger- und Volksbegehren. Deren Quoren, also die Zahl der Stimmberechtigten, die sich an einer Abstimmung beteiligen müssen, damit diese gültig ist, werden wir senken. Darüber hinaus wollen wir Bürger- und Volksbegehren bei zentralen politischen Aufgaben deutlich stärker zum Mittel der Entscheidungsfindung machen. Damit steht für die Politik auch die Aufgabe, ihre Vorstellungen und Ansätze öffentlich zu vertreten und zu diskutieren, um am Ende das überzeugendste und beste Angebot umzusetzen.

DIE LINKE will dafür sorgen, dass Parlamente und Behörden Wege aufzeigen, damit bürgerschaftliches Engagement erfolgreich sein kann. Insbesondere in den Städten, Gemeinden und Kreisen bestehen gute Möglichkeiten für eine verstärkte Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürger in die Politik.

Die Einbeziehung der Einwohnerinnen und Einwohner in den sächsischen Kommunen gerade bei der künftigen Gestaltung ihrer Kommunalhaushalte durch Aufstellung von Bürgerhaushalten ist für uns dabei von wesentlicher Bedeutung. Denn mit der Entscheidung über die künftige Verwendung der den Kommunen zur Verfügung stehenden Gelder werden grundlegende Entscheidungen für die künftige Kommunalpolitik vor Ort getroffen. DIE LINKE wird daher für eine regelmäßige Durchführung von Verfahren zur Aufstellung von Bürgerhaushalten eintreten und darauf drängen, dass das Land den Gemeinden, Städten und Landkreisen eine zur Erfüllung ihrer umfassenden kommunalen Aufgaben gerecht werdende, auskömmliche Finanzausstattung zur Verfügung stellt.

4.4. Kommunalpolitik stärken

Die Abschaffung der demokratisch unkontrollierten Landesdirektionen und die damit verbundene Verteilung der Aufgaben und Bediensteten auf die kommunale und Landesebene ist für uns eine notwendige Reparaturaufgabe der missglückten Kreisgebiets- und Verwaltungsreform. Die Stärkung der Rechte der Gemeinde- und Kreisräte unter anderem durch ein besseres, umfassendes Akteneinsichtsrecht steht für uns auf der Tagesordnung. Die sächsische Gemeindeverfassung ist in diesem Zusammenhang grundsätzlich zu erneuern. Dazu gehört vor allem, die Arbeitsbedingungen für Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker zu verbessern. Wir wollen, dass die Vorsitzenden der Kreistage und Gemeinderäte durch die jeweiligen Gremien gewählt werden. Damit soll eine Dezentralisierung von Entscheidungskompetenzen auf die kommunale Ebene verbunden sein, welche die Einflussnahmemöglichkeiten der Bürgerinnen und Bürger verstärkt. Für DIE LINKE ist die regelmäßige Einbeziehung zivilgesellschaftlicher Strukturen als Partner von Parlament und Verwaltung bereits bei der Vorbereitung von Prozessen und Entscheidungen ein wichtiger Schritt hin zu einer auch qualitativ besseren Politik. Direkte Demokratie, Teilhabe und Transparenz können nur gemeinsam und eng aneinander gekoppelt entwickelt werden. Mit den neuen, allgemein zugänglichen Informations- und Kommunikationsmöglichkeiten bestehen neue Voraussetzungen für die sachkundige Mitberatung und Mitentscheidung öffentlicher Angelegenheiten. Risiken und Fehler bei der Lösungsfindung für kommunale Probleme lassen sich so minimieren, vorausgesetzt, dass die Kommunalvertretungen selbst ihre Arbeitsweise demokratisieren. Notwendig ist eine völlig neue Kultur des Verwaltungshandelns, die sich durch ein Höchstmaß an Transparenz und damit an Vertrauen zwischen der hauptamtlichen Verwaltung, den ehrenamtlichen Vertretungskörperschaften und den Bürgerinnen und Bürgern auszeichnet.

4.5. Kommunalabgaben begrenzen

DIE LINKE wird sich auch weiterhin für die Begrenzung von Kommunalabgaben einsetzen und darauf achten, dass die betroffenen Bürgerinnen und Bürger bei der Investitionsplanung ein tatsächliches Mitspracherecht haben. Gebühren und andere Abgaben müssen auf nachvollziehbarer Kalkulationsgrundlage berechnet werden und sozial verträglich sein. Sparsamer Ressourcenverbrauch darf nicht durch höhere Abgaben bestraft werden, sondern muss sich für die Verbraucher auch finanziell lohnen.

4.6. Mitwirkung erleichtern

Die verbindliche Einrichtung von Beiräten für die Probleme spezifischer Bevölkerungsgruppen, in denen diese selbst vertreten sind, ist eine auf der kommunalen Ebene zügig realisierbare Chance der Ermöglichung von Teilhabe an der Politikgestaltung. Insbesondere die Einrichtung, Förderung und Unterstützung von Jugendbeiräten und Jugend- bzw. Kinderparlamenten in den Städten und Gemeinden ist ein Anliegen der LINKEN in Sachsen. Zusammen mit der Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre wenigstens in den Kommunen

können damit auch für die jüngere Generation die Möglichkeiten politischer Beteiligung verbessert werden. Eine lebendige politische Kultur bedarf natürlich entsprechender Kommunikationsmöglichkeiten. Daher ist die verstärkte Förderung lokaler und regionaler Bürgermedien wie z.B. Bürgerradios und Stadtteilzeitungen ebenso notwendig, wie die umfassende Unterstützung antirassistischer, antifaschistischer und interkultureller Projekte. Eine lebendige demokratische Kultur auf allen Ebenen ist eine wesentliche Voraussetzung dafür, menschenverachtenden Denkweisen und Handlungen wirksamen Widerstand entgegenzusetzen zu können.

4.7. Geschlechtergleichstellung – Aufgabe für alle öffentlichen Ebenen und Bereiche

Die Durchsetzung der Gleichstellung von Frauen und Männern im öffentlichen Raum ist ein verfassungsrechtlicher Auftrag für Politik und Verwaltung, der bislang nur halbherzig umgesetzt wird. Es geht darum, die Geschlechterperspektive bei Planung, Durchführung, Überwachung und Auswertung aller politischen Maßnahmen zu berücksichtigen. In besonderer Weise ist das im Bereich der Haushalts- und Förderpolitik notwendig, da von staatlich eingesetzten Mitteln Frauen bzw. Männer bislang äußerst unterschiedlich profitieren. Wir setzen uns deshalb für eine solche Haushaltsführung ein, die von einer Analyse der Teilhabe von Frauen und Männern im jeweiligen Haushaltsbereich ausgeht und sicherstellt, dass beiden Geschlechtern der gleiche Zugang zu öffentlichen Haushaltsmitteln ermöglicht wird (Gender Budgeting). In vielen Fällen haben Gesetze und Verordnungen unterschiedliche Auswirkungen auf die Geschlechter, deshalb sind im Vorfeld gleichstellungssensible Gesetzesfolgenabschätzungen erforderlich, um Benachteiligungen zu vermeiden.

Im Zuge der Kreisgebietsreform wurden die personellen und finanziellen Ressourcen für die kommunale Gleichstellungsarbeit insbesondere in den Landkreisen und ehemals kreisfreien Städten erheblich eingeschränkt. Wir setzen uns dafür ein, dass in allen Landkreisen und kreisfreien Städten hauptamtlich tätige Gleichstellungsbeauftragte bestellt werden, die bei Einstellungen, Beförderungen, aber auch in der politischen Entscheidungsfindung unmittelbar und gleichberechtigt mitwirken. Mehr Frauen in Spitzenpositionen der Verwaltung und Politik bedeutet mehr Demokratie vor Ort. Gleichstellungspolitik ist ein Querschnittsthema, für das die Agierenden Sachwissen und Kompetenz benötigen. Um dies zu sichern, sollte Sachsen ein Kompetenzzentrum für Geschlechtergleichstellung einrichten, um z. B. Unternehmen, Einrichtungen sowie Verwaltungen aller Ebenen zu beraten, Fachkräfte zu schulen sowie geschlechtsdifferenzierte Daten zu sammeln und zur Verfügung zu stellen.

4.8. Weltoffenes und kulturvolles Sachsen

Sachsen ist seit Jahrhunderten ein Land bzw. eine Region, für die Einwanderung eine wichtige Grundlage für eine gute wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung war. Auch in der Gegenwart ist dies nicht anders. Ein Land, das sich abschottet und abriegelt, wird hoffnungslos in seiner Entwicklung zurück bleiben. Deshalb müssen wir uns darum bemühen, dass der im bundesdeutschen bzw. europäischen Vergleich weit unterdurchschnittliche Anteil

von Menschen, die aus anderen Regionen dieser Welt zu uns kommen wollen, deutlich erhöht wird. Dies ist nicht nur mit Blick auf die demografischen Probleme eine wirtschaftliche und kulturelle Notwendigkeit, sondern auch jenseits dieser eine Bedingung dafür, dass Sachsen mit anderen Regionen Europas auf Augenhöhe stehen kann. Die intensive Einbindung von Migrantinnen und Migranten bei der Entwicklung von Integrationskonzepten ist dabei für DIE LINKE ebenso selbstverständlich, wie deren gleichberechtigte Einbeziehung in alle politischen Prozesse, sei es bei Wahlen oder durch die Bildung von entsprechenden Beiräten für Parlamente und Verwaltungen auf allen Ebenen. Antidiskriminierungsprogramme sind auch in diesem Zusammenhang ein erster Schritt dahin, die bisher nur geringe Attraktivität Sachsens für die Einwanderer zu erhöhen. Wir setzen uns dafür ein, dass die Beschränkungen für eine doppelte Staatsbürgerschaft aufgehoben werden und in Deutschland geborene Kinder von Migrantinnen und Migranten automatisch die deutsche Staatsbürgerschaft erhalten.

4.9. Die extreme Rechte: eine Gefahr für die Demokratie

Im Kampf für ein Leben in Menschenwürde für alle Einwohnerinnen und Einwohner Sachsens setzt sich DIE LINKE konsequent gegen rechte Denkmuster wie Antisemitismus, Ausländerfeindlichkeit, Rassismus, Nationalismus und andere diskriminierende Einstellungen ein, egal, in welchem Zusammenhang sie auftreten. Rechtes Denken und Handeln existieren nicht ausschließlich im Jugendbereich, sondern sind in allen Altersgruppen anzutreffen. Dagegen anzugehen ist eine Querschnittsaufgabe, die sich durch verschiedene Politikfelder zieht und nicht allein mit der Bekämpfung der NPD erledigt ist.

Wir erachten die gesamtgesellschaftliche Ächtung der extremen Rechten als eine vordringliche Aufgabe. DIE LINKE wird sich weiter dafür einsetzen, dass es rechten Gruppen und ihren oft gewalttätigen Anhängern nicht gelingt, „Angstzonen“ zu errichten, in denen es Menschen erschwert wird, frei zu leben.

In Sachsen müssen Fort- und Weiterbildungsangebote zur präventiven Arbeit gegen die extreme Rechte für die Bereiche Jugend- und Sozialarbeit, für Lehrerinnen und Lehrer, für die Verwaltung in den Kommunen sowie nicht zuletzt für Polizei und Justiz verstärkt werden. In all diesen Bereichen ist für qualifiziertes, ausreichendes und unbefristet beschäftigtes Personal zu sorgen. DIE LINKE. Sachsen wird alle antifaschistischen Projekte, Initiativen und Bündnisse unterstützen und das Programm „Weltoffenes Sachsen für Demokratie und Toleranz“ dauerhaft fortführen.

Die von der Staatsregierung vorgesehenen Maßnahmen zur Änderung des Versammlungsrechts im Sinne von Versammlungs- und Demonstrationsverboten, die für bestimmte Gedenktage und ortsbezogen gelten sollen, zur vermeintlichen Begegnung auf demonstrative Aufmärsche von Neonazis halten wir für kein probates Mittel. Vielmehr fordern wir eine Anwendungs- und Spruchpraxis zum Versammlungsrecht, die dessen Missbrauch durch Verbreiter neonazistischer Gedankengüter verhindert, in jedem Fall aber den zivilgesellschaftlichen Widerstand hiergegen zulässt und nicht repressiv unterdrückt.